

Pressemitteilung

»Mehr Substanz für die Kulturnation« Kultur muss Staatsziel werden!

Am 9. Oktober 2007 hat die SPD-Bundestagsfraktion beschlossen, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Konkret soll der Artikel 20, Absatz 1, um den Satz ergänzt werden: »Der Staat schützt und fördert die Kultur.« Dazu erklärt der Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Prof. Dr. Oliver Scheytt:

»Der Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion ist ein wichtiger Schritt. Jetzt sind es nicht mehr nur die Kulturpolitiker, die ein Staatsziel Kultur fordern, sondern die zweitgrößte Fraktion des Bundestages stellt sich dahinter. Nachdem die Oppositionsparteien sich der Idee ohnehin nicht verschließen, ist jetzt die CDU/CSU-Fraktion gefordert, der Empfehlung der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« vom 1. Juni 2005 zu folgen und »grünes Licht« für einen entsprechenden Parlamentsbeschluss zu geben.

Wir brauchen das Staatsziel Kultur, um Kultur als öffentliches Gut und als Aufgabenfeld der Politik zu stärken. Trotz unbestreitbarer Erfolge der letzten Jahrzehnte stehen uns hier noch große Aufgaben bevor, um das Bürgerrecht Kultur zu verwirklichen. Die Kulturelle Bildung muss intensiviert werden, um mehr Teilhabegerechtigkeit zu erreichen. Die Arbeits- und Lebenssituation der Künstler ist unbefriedigend. Die kulturelle Integration der Migranten bedarf viel größerer kulturpolitischer Anstrengungen. Europa muss auch als kulturelles Projekt gesehen und gestaltet werden.

Die Verankerung eines Staatsziels Kultur im Grundgesetz kann das Bewusstsein dafür stärken, welche herausragende Bedeutung Kunst und Kultur für das Zusammenleben der Menschen und die Entwicklung jedes Individuums haben. Alle Akteure in diesem komplexen Politik- und Aufgabenfeld würden dadurch ermutigt, ihre Arbeit mit neuem Elan und neuer Zuversicht anzugehen. Bund, Länder und Gemeinden, aber auch die Künstler und Kulturschaffenden sowie bürgerschaftliche Organisationen könnten sich darauf berufen. Der Kulturstaat Deutschland würde dadurch noch mehr Substanz bekommen. Mit der Aufnahme von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz bekennt sich der Staat zu seiner Verantwortung, das kulturelle Erbe zu bewahren, Kunst und Kultur zu fördern und weiter zu entwickeln. Wir fordern deshalb alle im Bundestag vertretenen Parteien auf, sich für die Aufnahme des Staatsziels Kultur im Grundgesetz einzusetzen.«

Bonn, 17. Oktober 2007

Prof. Dr. Oliver Scheytt
- Präsident -

URL dieses Textes: www.kupoge.de/presse/2007-10-17_staatsziel.pdf



Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

Weberstraße 59a
53113 Bonn
Tel.: 0228/201 67-0
Fax: 0228/201 67 33
E-Mail: post@kupoge.de
<http://www.kupoge.de>

Präsident

Prof. Dr. Oliver Scheytt,
Beigeordneter für Bildung, Jugend und Kultur
der Stadt Essen

Vizepräsidenten

Tobias J. Knoblich,
Geschäftsführer des Landesverbandes
Soziokultur Sachsen e.V., Dresden

Dr. Iris Magdowski,
Rechtsanwältin, Kulturbürgermeisterin a.D.,
Bielefeld

Schatzmeister

Kurt Eichler,
Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund

Beisitzer

Hajo Cornel,
Abteilungsleiter Kultur im Ministerium für
Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Brandenburg, Potsdam

Monika Griefahn, MdB,
Sprecherin für Kultur und Medien der SPD-
Bundestagsfraktion, Berlin

Bernd Hesse,
Geschäftsführer der LAKS Hessen e.V., Kassel

Dagmar von Kathen,
Leiterin des Fachbereiches Kultur der Stadt
Osnabrück

Adil Kaya,
Vorstandsvorsitzender InterForum – Kunst &
Kultur Nürnberg International e.V.

Prof. Dr. Armin Klein,
Professor für Kulturwissenschaft und
Management, Ludwigsburg

Achim Könnecke,
Kulturamtsleiter der Stadt Freiburg im
Breisgau

Dr. Dorothea Kolland,
Leiterin des Amtes für Kultur und
Bibliotheken, Berlin-Neukölln

Susanne Kucharski-Huniat,
Leiterin des Kulturamtes der Stadt Leipzig

Claudia Nell-Paul, MdL,
Kulturpolitische Sprecherin der SPD-
Landtagsfraktion NRW, Düsseldorf

Dr. Dieter Rossmeyssl,
Berufsm. Stadtrat, Referent für Kultur,
Jugend und Freizeit der Stadt Erlangen

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg, MdL,
Kulturpolitischer Sprecher der CDU-
Landtagsfraktion NRW, Düsseldorf

Jörg Stüdemann,
Kulturdezernent der Stadt Dortmund

Geschäftsführer

Dr. Norbert Sievers
Bernd Wagner (Stellvertreter)